

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:  
Tageblatt Riesa,  
Breitenf. Nr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauamts Riesa bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Verlagsort:  
Riesa 1880,  
Breitenf. Nr. 22.

Nr. 251.

Mittwoch, 26. Oktober 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (5 Zeilen) 25 Cent-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Cent-Pfennige. Zeitraumbewerben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Wagler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Liberaler Partei?

Im Augenblick sind eifrige Bestrebungen im Gange, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Wirtschaftspartei zu einer großen „Liberalen Partei“ zusammenzuschließen. Diese Bemühungen sind nicht ganz neu. Dr. Friedrich Timme, der hochberühmte Leiter der preussischen Staatsbibliothek, hat mit diesem Bemühen verknüpft, ein evangelisches Gegenstück zur Zentrumspartei zu schaffen, aber eben erst festgestellt, daß alle derartigen Versuche für vorläufig unüberwindliche Hindernisse sind. Jetzt soll ein ähnliches Experiment auf der Basis der „Liberalen Vereinigung“ noch einmal unternommen werden. Diese wurde im Herbst 1924 von demokratischen Führern gegründet, die damit gegen die Haltung ihrer Fraktionskollegen protestieren wollten, weil diese eben eine Koalition mit den Deutschnationalen abgelehnt hatten. Männer wie Schiffer, Professor Berland, von Siemens, der Reichswehrminister Dr. Secker und Reichsbankpräsident Dr. Schacht waren ihre ersten prominenten Mitglieder. Heute gehören namhafte Mitglieder der Volkspartei, der Demokraten und der Wirtschaftspartei der „Liberalen Vereinigung“ an, die übrigens an mehreren Orten bereits eigene Ortsgruppen gegründet hat. Es war von vornherein vorgesehen, daß das Ziel der Vereinigung der Zusammenschluß der drei Parteien sein müsse. Bei den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz und das Kontrakt sollte der entscheidende Vorstoß unternommen werden, weil hier die liberalen Parteien von vornherein in einer Richtung marschierten.

Es ist natürlich richtig, daß beim Reichsschulgesetz zwischen Demokraten und Volkspartei eine Verständigung am ehesten zu erwarten ist. Trotzdem darf aber nicht übersehen werden, daß einer Fusion beider Parteien doch sehr große Schwierigkeiten im Wege stehen. Gerade jetzt, wo die eine in der Regierung vertreten ist und die andere in scharfer Opposition zu eben dieser Regierung steht, dürfte es doch kaum möglich sein, zusammenzukommen. Außerdem hat ein Teil der demokratischen Abgeordneten, wie die Arbeitnehmersprecher Erkelens, Demmer und Schneider, bereits erklärt, daß sie eine Fusion niemals mitmachen würden. Wehnlich sieht die Sache bei der Deutschen Volkspartei aus, und zwar rührt hier der Widerstand in erster Linie von der preussischen Landtagsfraktion her, wo durch die Kampfstellung, die Volkspartei und Demokraten im Preussenhause nun seit geraumer Zeit gegeneinander einnehmen, starke persönliche Bestimmungen entstanden sind.

Verständlich wird letzten Endes bei derartigen Fragen immer eine große Rolle spielen, da bei einer derartigen Parteivereinigung natürlich auch das Führerproblem entschieden werden müßte und hier doch vielfach persönliche Gegensätze zu überwinden sein würde. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Alle, die von einer solchen Vereinigung sprechen, wollen als Basis hierfür die „Liberalen Vereinigung“ benutzen, die aber — auch wieder aus persönlichen Gründen — wenig geeignet hierzu erscheint. In der „Liberalen Vereinigung“ macht sich nämlich — zum mindesten in Berlin — eine so starke Ueberalterung geltend, daß auch unbedingte Anhänger ihrer Bestrebungen nur wenig von ihr erwarten. Wir werden gewiß, gerade in den nächsten Tagen und Wochen, mehrere Versuche erleben, zu einer Verständigung zu kommen. Es sollen sogar mehrfach bereits schon Unterhaltungen über die Flaggenfrage stattgefunden haben, die ja auch gelöst werden müßte, wenn die Parteien sich einmal wirklich fusionieren wollten. Es sind ohne Zweifel auf beiden Seiten starke Kräfte am Werk, die die Einigung gerade jetzt zustande bringen wollen. Ebenso sicher ist aber, daß bei beiden Parteien auch offizielle Stellen dagegen arbeiten. Welche Richtung gegen wird, dürfte letzten Endes sehr stark davon abhängen, welchen Gang die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz nehmen. Bei sorgfältigster Würdigung aller Faktoren, die eine Einigung gerade im jetzigen Augenblick als möglich erscheinen lassen, möchten wir doch in Anbetracht der Regierungsverhältnisse im Reich und vor allem in Preußen, nicht annehmen, daß es in absehbarer Zeit zu einer Fusion kommt, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse dem liberalen Gedanken neuen Aufschwung geben.

## Zusammentritt der Abbrüstungs-Konferenz.

Brüssel, 25. Oktober. Die vorbereitende Kommission der Abbrüstungskonferenz tritt Mittwoch, den 20. November, erneut in Genf zusammen. Auf der Tagesordnung der Session stehen die Prüfung der Resolutionen der Völkerbundversammlung und des Rates sowie des Standes der Arbeiten der Kommission. Die Kommission hat das Komitee zu bezeichnen, das die Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit, die mit der Abbrüstung in Zusammenhang stehen, gemäß den von den Delegationen Frankreichs, Deutschlands und Hollands eingebrachten und von der 8. Völkerbundversammlung angenommenen Resolutionen prüfen soll. Man glaubt, daß die Session nur kurz sein wird.

## Die neuen Kohlenpreisforderungen.

Berlin. Heute werden die Braunkohlenhöndler im Braunkohlenhaus in Berlin zusammentreten, um die Forderungen zu formulieren, die dem großen Ausschuss des Reichstages am 31. Oktober unterbreitet werden sollen. Es verläutet der „Voss. Ztg.“ zufolge, daß die Erhöhungen bis zu 10 v. G. gefordert werden sollen.

## Untergang eines italienischen Passagierdampfers. Viele Passagiere mit untergegangen.

Rio de Janeiro, 26. Oktober. Der Dampfer „Principessa Matilde“ ist gesunken.

Rio de Janeiro, 26. Oktober. Nach vier eingegangenen Funkprüchen ist der italienische Passagierdampfer „Principessa Matilde“ auf der Höhe von Bahia gesunken. Der Dampfer hatte 1200 Passagiere an Bord. 4 Dampfer sind nach der Unglücksstelle abgegangen, um die übrigen Schiffbrüchigen aufzunehmen. Nach einem Bericht des französischen Dampfers „Normale“ hat dieser 700 Passagiere des gesunkenen italienischen Dampfers gerettet.

Rio de Janeiro. (Funkpruch.) Die Stelle, an der der italienische Passagierdampfer der Navigazione Generale Italiana „Principessa Matilde“ untergegangen ist, liegt etwa 120 Seemeilen südlich von Bahia. Unter den Fahrgästen des Dampfers — insgesamt 1600 — befanden sich viele, die nach Argentinien auswandern wollten. Hunderte wurden in heftigster Aufregung auf dem Meer von der Besatzung der vier Schiffe, die auf die drahlischen Dampfer der „Principessa Matilde“ an die Unglücksstelle geschickt waren, gerettet. Es wird vermutet, daß besonders viele Zwischenfälle während der Fahrt untergegangen sind. Der Dampfer „Normale“, der 720 Schiffbrüchige aufnahm, wirkte mit den anderen zu Hilfe gesessenen Schiffen zusammen. Viele Fahrgäste der „Principessa Matilde“ retteten sich in die Boote oder auf Planen, andere sprangen in Schwimmwesten über Bord. Es wird vermutet, daß der Untergang der „Principessa Matilde“ dadurch verursacht worden ist, daß das Schiff auf ein Riff anlief. Der brasilianische Kreuzer „Rio Grande do Sul“ ist angelangt, um bei dem Rettungswert Hilfe zu leisten. Uebrigens war vor mehr als 7 Jahren über die „Principessa Matilde“, die sich damals auf der Fahrt von Buenos Aires nach Italien befand, ebenfalls eine Unglücksnachricht verbreitet worden. Es war damals gemeldet worden, daß das Schiff auf eine Mine aufgelaufen und gesunken sei, wobei 700 Menschen aus Leben gekommen sein sollten. Dieser Bericht hatte sich indessen als unrichtig herausgestellt. Der deutsche Dampfer „Albatros“ hat 400 Schiffbrüchige der „Principessa Matilde“ gerettet.

Rio de Janeiro. (Funkpruch.) Nach heute früh eingegangenen Meldungen sind etwa die Hälfte der Passagiere des Dampfers „Principessa Matilde“ gerettet worden. Die an der Unglücksstelle befindlichen Schiffe sind mit der Bergung der Ueberlebenden befasst beschäftigt, das Einzelheiten nur spärlich einlaufen.

## Zum Rettungswert bei der Principessa Matilde.

Rio de Janeiro. (Funkpruch.) Nach den letzten Funkprüchen hat der deutsche Dampfer „Albatros“ 400, der englische Dampfer „Empire Star“ 200 und der französische Dampfer

„Normale“ 120 Fahrgäste der untergegangenen „Principessa Matilde“ gerettet. Die Meldung, daß die „Normale“ 720 Personen gerettet habe, ist also unrichtig. Auch ein weiterer englischer Dampfer hat sich an dem Rettungswert beteiligt. Es liegt noch keine Meldung darüber vor, ob auch dieser Dampfer Schiffbrüchige aufgenommen hat. Die „Principessa Matilde“ ist ein 12000-Tonnen-Dampfer. Er gehört zu den neueren Schiffen der Gesellschaft.

## Die Principessa Matilde.

Berlin. (Funkpruch.) Der verunglückte Dampfer „Principessa Matilde“ der Navigazione Generale Italiana war eines der schönsten und modernsten Schiffe im italienischen Passagierverkehr. Er verkehrte auf der Luxus-Ruta von Genua und Barcelona nach Rio de Janeiro und anderen südamerikanischen Hauptstädten. Der Dampfer war 150 Meter lang, 17 Meter breit. Er umschloß 12000 Tonnen und hatte eine Fahrgeschwindigkeit von 18 Meilen in der Stunde. Gerade angesichts der Katastrophe ist von Interesse, daß das Schiff in 10 wasserdichte Abteilungen geteilt und in seiner ganzen Länge mit doppeltem Boden versehen war. Der Prospekt der italienischen Gesellschaft zeigt in seinen Abbildungen die außerordentlich luxuriöse und elegante Anordnung der Kabinen und der Kabinen. Wenn gemeldet wurde, daß die „Principessa Matilde“ bereits vor 7 Jahren Gegenstand einer Unglücksnachricht gewesen sei, so hat es sich damals offenbar um die Namensvorgängerin des Schiffes gehandelt, das jetzt das Opfer einer furchtbaren Katastrophe geworden ist.

Rio de Janeiro. (Funkpruch.) Der Dampfer „Principessa Matilde“ wurde gestern hier und für Sonnabend in Buenos Aires erwartet. Er stand unter dem Befehl des Kapitäns Simon Gull. Unter den Passagieren befand sich der Direktor des Statistischen Instituts in Rom, Prof. Sigis.

Rio de Janeiro. (Funkpruch.) Das kleine Büro der Navigazione Generale Italiana gibt bekannt, daß sich an Bord des untergegangenen Dampfers „Principessa Matilde“ nur 900 Passagiere befunden hätten. Die früher genannte Zahl von 1600 Passagieren beruht auf einer Angabe des Maritimen Registers, das auch verzeichnet, daß alle Passagiere mit Ausnahme von 110 Auswanderern gemeldet seien.

## Die Matilde durch Explosion gesunken?

Rio de Janeiro. (Funkpruch.) Nach einem Funkpruch eines der bei den Rettungsarbeiten beteiligten Dampfers ist der Untergang der „Principessa Matilde“ auf eine Explosion zurückzuführen.

## Die Ländervertreter zum Schulgesetz.

Berlin. Der Bildungsausschuss des Reichstages begann am Dienstag die sachliche Beratung des Reichsschulgesetzes, wobei der Reichsinnenminister Dr. v. Krosigk zunächst eine zusammenfassende Uebersicht über die bekannten Beschlüsse des Reichsrats und dessen Verhandlungen ergriffte.

Dann kamen die Ländervertreter zum Wort. Für Preußen erklärte Ministerialdirektor Müller, daß bereits unter dem gegenwärtigen Gesetzestext für die Bekanntheit der Schulen gesorgt sei. Dagegen sei für die weltlichen Schulen zur Zeit, entsprechend der für sie in Frage kommenden Schiffe, die Partei noch nicht vorhanden. Es sei daher auch vielfach zu Schulstreiks gekommen, von denen z. B. in Straßburg einer seit ein und einem halben Jahre im Gange wäre. Unerträglich sei es, derartige Schwierigkeiten durch das Schulgesetz zu vermeiden zu lassen, zumal die Eltern schon heute in den Gemeinden das Recht hätten, Bekennerschulen einzurichten, wofür oft die erforderliche Mehrheit vorhanden wäre. Die Eltern verhielten sich aber in dieser Beziehung völlig passiv, und der Staat müsse natürlich in solchen Fällen der verfassungsmäßigen Gemeinschaftsschule die Wege ebnen. Vor allem aber trete beim Schulgesetz die keineswegs einfach zu lösende Kostenfrage dröhen auf, zumal Preußen schon die Aufrechterhaltung seines letzten guten Schulwesens bei der gegenwärtigen Finanznot Schwierigkeiten bereite.

Der bayrische Vertreter, Ministerialrat v. Imhoff, verlas eine formulierte Erklärung seiner Regierung, die Widerspruch gegen die Auffassung erhebt, als ob irgendwo und in irgend welchen Fällen ohne Rücksicht auf den Willen der Erziehungsberechtigten die Gemeinschaftsschule eingerichtet werden könne. Die bestehenden Bekennerschulen und Simultan-schulen sollten ohne weiteres als solche übergeleitet werden und überall das Recht einer beachtlichen Minderheit berücksichtigt werden. Schulen ihrer Anschauung zu beantragen, wobei die Zahl von 40 schulpflichtigen Kindern als Antragsvoraussetzung entsprechend erscheine. Nicht einverstanden sei die bayrische Regierung damit, daß nur staatlich bezahlte Personen das Recht der Einkommenssteuer in den Religionsunterricht haben sollen. Das Recht der Ueberwachung des Religionsunterrichts müsse vielmehr, unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts, den Kirchen zuerkannt werden.

Bavaria behält sich noch eine „bedrückende Lösung der Kostenfrage“ vor.

Der sächsische Ministerialdirektor Dr. Voelckh lehnte die Forderung ab und verlangte, daß Sachsen als Simultanland anerkannt werde.

Auch der Vertreter Hamburgs, Regierungsdirektor Niemann, lehnte das Gesetz ab, weil es in die Rechte der Einzelstaaten weit eingreife, und verlangte Aufnahme Hamburgs unter die Simultanlandländer.

Die Kommunisten, Sozialdemokraten und der Abg. Funke (D.P.) verlangten Auskunft über die Kosten des Reichsschulgesetzes.

Heute Mittwoch werden die Beratungen fortgesetzt.

## Die evangelischen Religionslehrerinnen an den Reichstag.

Berlin. (Telunion.) Der Arbeitsausschuss des Verbandes evangelischer Religionslehrerinnen in Deutschland, in dem evangelische Lehrerinnen an Volksschulen und höheren Schulen zusammengeschlossen sind, hat an den Reichstag eine Entschärfung gerichtet, worin er für den Reichsschulgesetzentwurf als eine geeignete Grundlage eintritt. Der Entwurf wäre in jeder Weise die Staatshoheit über die Schule und höhere zugleich den Eltern das verfassungsmäßige Antragsrecht. Er wäre die Gewissensfreiheit und die Beamtenrechte der Lehrer, er sichere das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der evangelischen Schule und wäre zugleich das Recht der christlichen Simultan-schule. Er ermögliche der Kirche die ihr zustehende Kenntnisnahme vom Inhalt des Religionsunterrichts und wäre zugleich das Aufsichtsrecht des Staates auch über den Religionsunterricht.

## Die Kosten des Schulentwurfs.

Berlin. Das Reichsinnenministerium ist mit Erhebungen befasst, wie sich das Reichsschulgesetz finanziell auswirken würde. Von unterrichteter Seite wird laut „Voss.“ die vielfach genannte Zahl von 600 Millionen für die Kosten des Schulgesetzes schon jetzt als phantastisch bezeichnet.